

(Vizepräsidentin Edith Müller)

- (A) hier erneut: Erhöhung der Reisekostenvergütungen. Wer stimmt zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der FDP-Fraktion bei Enthaltung der CDU-Fraktion **abgelehnt**.

Ich rufe auf den **Antrag** Nr. 56 der CDU-Fraktion, **Drucksache 13/1944**, Stichwort: Erhöhung der Reisekostenvergütungen. Wer stimmt zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Der Antrag ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP **abgelehnt**.

Ich rufe auf **Antrag** Nr. 57 der FDP-Fraktion, **Drucksache 13/1945**, Stichwort: Erhöhung der Mittel für Ganztagsbetreuung. Wer stimmt zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Der Antrag ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der FDP-Fraktion bei Enthaltung der CDU-Fraktion **abgelehnt**.

Ich rufe den **Antrag** 58 der CDU-Fraktion, **Drucksache 13/1946**, Stichwort: Höhergruppierung, auf. Wer stimmt zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Der Antrag ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der beiden Oppositionsfraktionen **abgelehnt**.

- (B)

So weit die Änderungsanträge.

Ich lasse jetzt abstimmen über den Einzelplan 05 entsprechend der **Beschlussempfehlung Drucksache 13/1805**. Wer stimmt der Beschlussempfehlung zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Einzelplan 05 ist mit den Stimmen der beiden Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der beiden Oppositionsfraktionen **angenommen**.

Ich bedanke mich sehr für die konzentrierte Durchführung dieser Abstimmung und rufe **Nummer 4** auf:

**Einzelplan 02: Ministerpräsident und Staatskanzlei**

mit den Teilbereichen "Ministerpräsident und Staatskanzlei", "Landesplanung" und "Europaanliegenheiten" unter Hinweis auf die Beschlussempfehlung in Drucksache 13/1802 und die Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der

Fraktion der FDP Nummern 59 bis 66 der Tischvorlage. (C)

Ich eröffne die Beratung über den Teilbereich

**a) Ministerpräsident und Staatskanzlei**

und erteile als erstem Redner Herrn Jostmeier für die Fraktion der CDU das Wort. Bitte schön, Herr Jostmeier.

**Werner Jostmeier** (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich würde ganz gerne, Frau Präsidentin, aus Zeitersparnisgründen meinen Wortbeitrag für den Teilbereich c) jetzt mit liefern.

**Vizepräsidentin Edith Müller**: Selbstverständlich.

**Werner Jostmeier** (CDU): Dann könnten wir den Punkt c) zusammen mit Punkt a) abhandeln, und zum Teilbereich b wird Kollege Hegemann seinen Beitrag leisten.

(Viele Abgeordnete verlassen den Plenarsaal.) (D)

- Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie können jetzt gern hier bleiben, auch wenn die Abstimmungen möglicherweise erst in einer halben Stunde stattfinden, denn es geht um den Haushalt Ihres Chefs, nämlich des Chefs der Staatskanzlei.

(Zurufe von der SPD)

- Man hat eben manchmal dieses Gefühl, so wie sich die Mehrheitsfraktionen hier verhalten.

(Edgar Moron [SPD]: Wir haben alles im Griff! - Dr. Stefan Grüll [FDP]: Und die Grünen im Würgegriff!)

- Aber selbstverständlich, Herr Moron!

(Unruhe - Glocke)

Meine Damen und Herren, was für den Gesamthaushalt des Landes Nordrhein-Westfalen gilt, gilt insbesondere und gerade für den Haushalt der Staatskanzlei. Dafür gilt insgesamt zusammenhängend festzuhalten: Die Schere zwischen An-

(Werner Jostmeier [CDU])

- (A) spruch und Wirklichkeit, die Schere zwischen Schlagzeilen und Politikergebnissen, die Schere zwischen Werbung und Substanz war noch nie so groß wie in diesem Jahr und ist nirgendwo so groß wie in dieser nordrhein-westfälischen Landesregierung.

(Beifall bei der CDU)

Das gilt auch und in erster Linie für den Haushalt der Staatskanzlei.

(Manfred Palmén [CDU]: So ist es!)

Wenn man wirklich sparen wollte - Sie wissen, dass sich das bei den CDU-Anträgen wie ein roter Faden durch alle unsere Haushaltsberatungen zieht -, könnte man gerade im Haushaltsbereich der Staatskanzlei bei Öffentlichkeitsarbeit, bei Gutachten, bei Sachverständigen, bei Honorarkräften, bei Kongressen usw. sparen.

Nachher kommt dann wahrscheinlich die liebe Frau Danner - deshalb betone ich das so, Frau Danner - und sagt: Ja, aber schaut doch einmal nach Bayern und nach Baden-Württemberg, wo pro Kopf der Bevölkerung Öffentlichkeitsarbeit in vergleichbarer Höhe gemacht wird!

- (B) (Edgar Moron [SPD]: Viel teurer!)

Meine Damen und Herren, hätte das Land Nordrhein-Westfalen ein Wirtschaftswachstum wie Bayern und Baden-Württemberg, hätte das Land Nordrhein-Westfalen Steuereinnahmen wie die Länder Bayern oder Baden-Württemberg, dann könnten wir über diese Positionen in vergleichbarer Höhe reden. Wir schlagen aus diesen Gründen gerade hier in diesem Bereich die entsprechende Kürzung vor.

(Beifall bei der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich einmal ein Beispiel geben, bei dem aus unserer Sicht die Schere zwischen Anspruch und Wirklichkeit ganz erheblich auseinander klafft. Wir sind gemeinsam dafür - und da besteht Konsens zwischen allen Fraktionen -, Kinderrechte in der Verfassung zu verankern. Der Kollege Antonius Rösenberg hat mit den Kollegen der anderen Fraktionen in den letzten Tagen sehr erfolgreich verhandelt. Wir sind in der Sache gar nicht auseinander.

- (C) Aber wenn man dann feststellt, wie im Bereich des Landesjugendplanes gekürzt wird, wie bei den Kindergärten gekürzt wird, wie bei der Förderung der kommunalen Kinder- und Jugendarbeit gekürzt wird, sodass uns tagtäglich zahlreiche Briefe von Städten und Gemeinden erreichen - z. B. aus meinem Wahlkreis die Stadt Lüdinghausen, die ein 30 Jahre lang bestehendes HOT jetzt wegen des Zurückfahrens der Landesförderung wahrscheinlich schließen müssen -, und wenn man sich dann überlegt, dass wahrscheinlich wieder großartige Broschüren und großartige Hochglanzpapiere kommen, stellt sich die Frage, was Kinderrechte in der Verfassung helfen, wenn die Landesregierung an Stellen, wo es den Kindern wirklich helfen würde und es der Prävention für Kinderrechte diene, so massiv kürzt.

(D) Ich will einen zweiten Bereich nennen. Im Haushalt der Staatskanzlei haben wir auch das Bündnis gegen Rechts - Bündnis für Toleranz und Zivilcourage. Wir haben nichts dagegen, um keinen falschen Eindruck aufkommen zu lassen. Wenn man dann aber wiederum merkt, wie stark im Bereich der Sportförderung, des Sportstättenbaus gekürzt wird, ist doch die Frage zu stellen: Ist nicht ein Teil dieses Geldes wesentlich wirksamer im Kampf gegen Rechts, im Kampf gegen Fremdenfeindlichkeit, im Kampf für Toleranz und im Kampf für Integration investiert, wenn wir die Sportförderung und die Jugendleiter stärken und dort das Geld investieren?

Ich will zu einem anderen Bereich der Politik kommen. Man sollte ja in der Politik mit dem Begriff "Skandal" ein bisschen zurückhaltend sein.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Halten Sie sich dran?)

- Ich weiß ja, Herr Eumann, Sie sind der Zwischenrufer, dem es am meisten Spaß macht.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Ihre Rede macht ja keinen Spaß!)

Wir haben in den Haushaltsberatungen zum Neubau der Landesvertretung in Berlin festgestellt, wie teuer dieser Bau für die Steuerzahler wird.

Im Februar 1999 sagte Staatssekretär Frohn im Hauptausschuss: Teurer als 49,5 Millionen DM wird es auf keinen Fall. - Drei Monate später, Mai

(Werner Jostmeier [CDU])

- (A) 1999, erklärte Bauminister Vesper im Hauptausschuss: Die Bausumme von 49,5 Millionen DM wird nicht einmal erreicht.

Im September dieses Jahres bekamen wir die Haushaltszahlen auf den Tisch. Da musste man sich unter Hinweis auf gestiegene Glas- und Stahlkosten herausreden, dass das Gebäude jetzt auf einmal 3,5 Millionen DM teurer wird, wobei sich in der Diskussion im Hauptausschuss schnell herausstellte: Es sind gar nicht so sehr die Stahl- und Glaskosten, sondern teilweise auch falsche Planungen und falsche Projektausschreibungen gewesen sind.

Vier Wochen später, am 11. Oktober dieses Jahres, kommt Bauminister Vesper mit einem langen Papier und muss begründen, dass die Landesvertretung noch einmal um 5,2 Millionen DM teurer wird.

Meine Damen und Herren, wir haben überhaupt nichts gegen zukunftsgerichtete Konzepte, wenn Photovoltaik, Mikrogasturbinen und Brennstoffzellen hineinkommen. Nur: Das alles ist am Parlament vorbeigelaufen!

(Lothar Hegemann [CDU]: Sehr richtig!)

- (B) Jetzt kommt Folgendes hinzu, was sich erst in diesen Tagen herausgestellt hat.

**Vizepräsidentin Edith Müller:** Herr Jostmeier, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

**Werner Jostmeier (CDU):** Okay! - Im Haushalt von Frau Kraft steht zusätzlich eine Position von 2,25 Millionen DM für dieses Projekt. Die Landesregierung ist dem Hauptausschuss und dem Parlament gegenüber im Wort: Teurer als 49,5 Millionen DM wird das Vorhaben nicht. - Tatsache ist aber: Es wird über 22 % teurer. Nach dem, wie es heute aussieht, kostet es 60,45 Millionen DM.

**Vizepräsidentin Edith Müller:** Herr Jostmeier, Ihre Redezeit ist beendet.

**Werner Jostmeier (CDU):** Ich bedanke mich, meine Damen und Herren. Aus all diesen Gründen, weil die Schere zwischen Wirklichkeit und Schlag-

zeilen zu weit auseinander klafft, lehnen wir diesen Haushalt ab, liebe Kolleginnen und Kollegen. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit. (C)

(Marc Jan Eumann [SPD]: Wir haben nichts anderes erwartet!)

**Vizepräsidentin Edith Müller:** Vielen Dank, Herr Jostmeier. Für die Fraktion der SPD hat jetzt Frau Danner das Wort. Bitte schön, Frau Danner!

(Marc Jan Eumann [SPD]: Endlich kann man wieder zuhören!)

**Dorothee Danner (SPD):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Jostmeier, ich muss Sie heute wirklich enttäuschen: Ich werde Bayern nicht zitieren. Aber Ihre Partei hat ja auch Schwierigkeiten, sich zwischen Mecklenburg-Vorpommern und Bayern zu entscheiden - und das nun schon fünf Monate lang.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Wie Sie der Beschlussempfehlung und dem Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses in der zweiten Lesung entnehmen können, haben wir im Hauptausschuss den Entwurf der Landesregierung unverändert angenommen. (D)

Über den Haushalts- und Finanzausschuss haben wir, die Regierungskoalition, allerdings eine Änderung der Zweckbestimmung bei den Bewilligungen vorgenommen. Diese Änderung hat zwar keine finanziellen Auswirkungen, wir halten sie aber doch für richtig. Betroffen ist der Ansatz für Geschenke aus Anlass von Jubiläen, Mehrlingsgeburten und Belohnungen für die Rettung aus Lebensgefahr. In diesem Zusammenhang ist uns daran gelegen, nicht nur Geldgeschenke, sondern auch Sachgeschenke zu ermöglichen. Dieser Änderung der Zweckbestimmung hat der Haushalts- und Finanzausschuss zugestimmt. Damit ist der Landesregierung ein größerer Spielraum gegeben, um Zuwendungen bei Jubiläen zu ermöglichen und diese auch sachgerecht vorzunehmen.

Die Koalitionsfraktionen haben im Hauptausschuss entschieden, dem Einzelplan 02 ohne Änderungen zuzustimmen. Dies geschah vor dem Hintergrund, dass wir die vorgesehenen Haushaltsansätze für auskömmlich, aber auch für notwendig halten. Dies bedurfte nach unserer Auf-

(Dorothee Danner [SPD])

- (A) fassung keiner Anpassung von Ansätzen im Haushaltsplan nach oben oder nach unten. Aus diesem Grund hat die Koalition die Oppositionsanträge abgelehnt.

Ich möchte Ihre Anträge heute nicht in den Mittelpunkt meiner Ausführungen stellen; aber zu einigen möchte ich doch ganz gern etwas sagen.

Die CDU hat immer noch nicht erkannt: Das Projekt Ruhr GmbH ist aus Nordrhein-Westfalen heute nicht mehr wegzudenken. Ich muss mich fragen: Schwebt Ihre Fraktion eigentlich im luftleeren Raum? Haben Sie gar keinen Kontakt zu Ihren Oberbürgermeistern, die dieses Projekt ganz ausdrücklich begrüßen und immer wieder positiv dazu Stellung nehmen?

(Lothar Hegemann [CDU]: Welche denn? Nennen Sie die mal!)

- Herr Hegemann! Ich werde doch nicht auf Ihre Wortspiele eingehen.

(Heinz Hardt [CDU]: Da ist doch keiner!)

Wir werden auf jeden Fall Ihrem Antrag, den Haushaltsansatz auf null zu setzen, nicht folgen. Die Oberbürgermeister und vor allen Dingen die CDU-Bürgermeister aus dem Revier werden uns dankbar sein.

(B)

Das Gleiche gilt für die Absenkung der Mittel für das Callcenter in der Staatskanzlei. Diejenigen, die im Hauptausschuss waren, werden sich erinnern, dass uns dargestellt worden ist, wie stark dieses Callcenter frequentiert wird. Es hat bisher über 105.000 Anrufe gegeben - Telefonkontakte -, über 230.000 Internetkontakte und 3.000 E-Mail-Kontakte. Es scheint, dass viele Bürgerinnen und Bürger das Bedürfnis haben, sich über diese Hotline unmittelbar zu informieren. Das war besonders der Fall unmittelbar nach dem 11. September. Wenn wir Ihrem Antrag gefolgt wären, hätten wir den Bürgerinnen und Bürgern den unmittelbaren Kontakt zur Landesregierung abgeschnitten. Da muss man die CDU natürlich fragen, wo sie mit ihrer immer plakativ vorgetragenen Bürgernähe und ihrem Bürgerwillen bleibt.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Auf der Strecke!)

Wir haben diesen Haushaltsansatz nicht zu beanstanden. Wir haben nach Ihren Anträgen keinen Bedarf gesehen - das ist hier schon vorgetragen

worden -, die Mittel für die Vertretung beim Bund in Berlin zu kürzen. (C)

Nun noch einmal etwas zur FDP!

(Marc Jan Eumann [SPD]: Zur Rest-FDP!)

- Ja, es sind nicht mehr viele hier; ich gebe dir Recht. - Die FDP hat sich dafür eingesetzt, ein Verbindungsbüro des Islamrats und des Zentralrats der Muslime in Nordrhein-Westfalen zu schaffen. Nordrhein-Westfalen fördert keine Verbindungsbüros. Wir sollten bei dieser Meinung auch bleiben.

Zusammenfassend möchte ich feststellen, meine sehr geehrten Damen und Herren: Die im Einzelplan 02 vorgesehenen Ansätze geben dem Ministerpräsidenten und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Zeiten knapper Haushaltsmittel eine vernünftige Basis für ihre Arbeit. Ich bitte Sie um Ihre Zustimmung. - Danke.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Edith Müller:** Vielen Dank, Frau Danner. - Für die Fraktion der FDP hat jetzt Frau Thomann-Stahl das Wort. Bitte schön. (D)

(Dr. Stefan Grüll [FDP]: So, Herr Eumann, jetzt heißt es zuhören! - Marc Jan Eumann [SPD]: Ich habe gerade gut zugehört! Jetzt kann ich mich wieder zurücklehnen!)

**Marianne Thomann-Stahl (FDP):** Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst einmal hätte ich die herzliche Bitte an den Ministerpräsidenten, im Zusammenhang mit der Beantwortung unserer Kleinen Anfrage "Was machen und kosten die vielen Aktionsbündnisse, Kooperationen, Netzwerke, runden Tische etc." deren Existenz einmal auf ihre Sinnhaftigkeit zu überprüfen. Der Leiter der Staatskanzlei hat gerade um Fristverlängerung von zwei Monaten für die Beantwortung dieser Anfrage gebeten. Das heißt, die Landesregierung braucht über drei Monate, um herauszufinden, was diese Aktionsbündnisse eigentlich machen, wahrscheinlich auch, ob die runden Tische überhaupt noch existieren und wofür sie gut sein sollen.

Das nennt man wahrscheinlich artifizielle Umtriebigkeit und weniger zielorientierte Politik.

(Marianne Thomann-Stahl [FDP])

- (A) Auch wir kritisieren die Teuerungsrate bei der Landesvertretung in Berlin. Auch wir sind davon überzeugt, dass hier mit allen haushaltstechnischen Tricks gearbeitet wurde. Da wurde dargestellt, die Kostensteigerung von über 10 Millionen DM sei auf die Kostenerhöhung bei Stahl und Glas oder Holz und Glas zurückzuführen. Pustekuchen! Im Nachhinein stellte sich heraus: Nachträgliche Planungsänderungen, nachträgliche Bauwünsche, nachträgliche Änderungen im Energiekonzept machen diese Preissteigerungen aus. Und? Woraus werden sie finanziert? Aus irgendeinem Sonderprogramm zur Umsetzung der baupolitischen Ziele des Landes. Dafür war dieses Sonderprogramm sicherlich nicht gedacht. Das Parlament wollte damit sicherlich etwas anderes fördern als unter der Hand die Kostensteigerung bei der Landesvertretung.

Da können wir uns auf etwas gefasst machen: Wie der "WAZ" vom 8. Dezember zu entnehmen war, planen Sie die Einrichtung einer neuen Repräsentanz in Brüssel. "Viel Vergnügen!" kann ich dem Steuerzahler da nur wünschen.

- (B) Wir müssen uns in Zeiten leerer Kassen danach ausrichten, was überhaupt finanzierbar ist und was überhaupt gebraucht wird. Wir müssen natürlich auch überlegen, ob man tatsächlich noch eine viertel Million Euro braucht, um Festivitäten der Landesregierung zu finanzieren, oder ob das nicht auch Sponsoren machen könnten. Es muss die Frage erlaubt sein, ob man all die Institute, die in Ihrem Haushalt gefördert werden, noch braucht, ob man sie noch im bisherigen Umfang braucht: angefangen vom Institut für Arbeit und Technik bis zum Kulturwissenschaftlichen Institut. Man muss hinterfragen, ob die Organisation noch zeitgemäß ist und ob man nicht auch hier noch sparen könnte.

Für die Öffentlichkeitsarbeit geben Sie über 23 Millionen DM aus. Da fragen wir uns, Herr Ministerpräsident, wozu der Steuerzahler eigentlich eine CD finanzieren muss, auf der ein "Naughty Cover Girl" und eine "Catfish Story" besungen werden. Ein gewisser "Uncle Ho" gibt die neue Lösung der Landesregierung, "Small is beautiful", aus.

(Lothar Hegemann [CDU]: Blöder Spruch!)

Man fragt sich, welcher Minister eigentlich mit dem Titelsong "Monkey in the Moon" gemeint ist. (C)

(Heiterkeit bei FDP und CDU - Hermann-Josef Arentz [CDU]: Da kommen viele in Frage! - Edgar Moron [SPD]: Das kann nur Möllemann sein!)

Meine Damen und Herren, wahrscheinlich braucht man die CD - 10.000 Stück haben Sie davon herstellen lassen -, um die 6.000 Jutetüten zu füllen, die Sie auch haben produzieren lassen. Als ob es in diesem Lande wirklich einen Mangel an Baumwolltüten gäbe! Das kann man keinem Steuerzahler mehr vermitteln. Es fehlt hier nicht an Tüten, sondern am Willen zum Sparen. Deswegen wird es Sie nicht überraschen, dass wir diesen Haushalt ablehnen. - Danke schön.

(Beifall bei FDP und CDU)

**Vizepräsidentin Edith Müller:** Vielen Dank, Frau Thomann-Stahl. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt Frau Löhrmann das Wort. Bitte schön.

(D) **Sylvia Löhrmann (GRÜNE):** Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mich hat die Entfaltung von Visionen in den Beiträgen der Opposition zum Haushalt des Ministerpräsidenten etwas verwundert. Das war eher ein Herangehen an kleinere Dingen, um irgendwelche Haare in Suppen zu finden.

Wir haben die Zusammensetzung des Etats insgesamt - auch im Vergleich zu anderen Bundesländern - als angemessen betrachtet und gehen davon aus, dass wir - wie woanders auch - die einzelnen Budgets zu verantworten haben, die dann von den Verwaltungen in den einzelnen Häusern nach bestem Wissen und Gewissen im Rahmen der Leitlinien der Koalition und der Regierungserklärung angewandt werden.

Ich würde meine Aufgabe nicht darin sehen, mich über CDs oder Jutetüten auszulassen, obwohl man über Geschmack wie in jeder anderen Situation natürlich auch streiten kann.

(Dr. Stefan Grüll [FDP]: Von Jutetüten verstehen Sie ja etwas!)

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

- (A) Bei den Ausführungen von Herrn Jostmeier habe ich mich an sich über den ganzheitlichen Ansatz gefreut; den würde ich mir häufiger auch in anderen Zusammenhängen wünschen. Aber, Herr Jostmeier, bei dem Landesjugendplan und anderen Dingen haben Sie offenbar übersehen oder nicht mitbekommen oder sich aus den anderen Fachausschüssen nicht berichten lassen, dass die Koalition diese Mittelkürzung zurückgenommen hat. Deswegen hat sich der Vergleich mit den anderen Punkten erübrigt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Diese kinderfreundliche Herangehensweise würde ich mir dann auch beim Straßenbau und in anderen Politikfeldern wünschen.

Meine Damen und Herren, wenn ich mich recht erinnere - und diesen Einwand habe ich daher schon gar nicht verstanden -, haben wir das Bündnis für Toleranz und Zivilcourage hier im Landtag gemeinsam begründet, weil wir es gemeinsam als richtig erachtet haben, hier ein Zeichen in der Öffentlichkeit zu setzen. Unserer Meinung nach sollte man solche Fragen dann auch im Verlauf des Jahres diskutieren.

- (B) Ich möchte - jede Fraktion gestaltet die Besprechung der Etats ja hier heute unterschiedlich - auch den Aspekt der Medienpolitik ansprechen. Wir als Grüne begrüßen den Umbau des Bereiches Medien und Telekommunikation ausdrücklich - auch mit Blick auf Effizienzaspekte und Einsparpotenziale. Wir möchten die Arbeit der Medien GmbH begleiten. Wir finden es richtig, dass das parlamentarisch begleitet wird.

Ein besonderes Gewicht legen wir Grüne in diesem Feld, das immer mehr an Bedeutung gewinnt, auf die breite Teilhabe aller gesellschaftlichen Gruppen in dieser digitalen Wissensgesellschaft. Wir möchten nämlich, dass notwendige Initiativen ergriffen werden. Ein ganz wichtiges Kriterium ist aus unserer Sicht, dass die digitale Spaltung der Gesellschaft verhindert wird. Es muss allen Menschen in unserem Land möglich sein, an der Entwicklung der Wissensgesellschaft mitzuarbeiten, an ihr zu partizipieren und sie qualifiziert nutzen zu können, damit hier Diskussionen von Arm und Reich und unterschiedlichen Zugängen vermieden werden. Alle Menschen in unserem Land müssen an dieser Entwicklung teilhaben können. Das sehen wir als ganz wichtige in die Zukunft gerichtete Aspekte. Wir setzen darauf,

dass wir in der Koalition und auch mit der Regierung qualifiziert und konstruktiv weiter zusammenarbeiten werden. - Danke schön. (C)

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Edith Müller:** Vielen Dank, Frau Löhrmann. - Für die Landesregierung hat jetzt Ministerpräsident Clement das Wort. Bitte schön.

**Wolfgang Clement, Ministerpräsident:** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich habe dieser überaus gehaltvollen Debatte voller Aufmerksamkeit zugehört.

Frau Kollegin Thomann-Stahl, Sie haben die mangelnde Sparbereitschaft des Ministerpräsidenten angesprochen. Vielleicht darf ich Sie darauf hinweisen, dass der Einzelplan 02 mit Ausgaben in Höhe von 159,3 Millionen Euro abschließt. Das sind 15,3 Millionen Euro oder 8,8 % weniger als im laufenden Haushalt 2001. Ich möchte gerne den Ministerpräsidenten und die Staatskanzlei in Deutschland - jedenfalls in Westdeutschland - sehen, wo dies ebenso ist.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN) (D)

Sie haben genauso wie Herr Jostmeier unglaublich gehaltvoll die Öffentlichkeitsarbeit des Ministerpräsidenten angesprochen. Offensichtlich zählen Sie alles zusammen, was die Landesregierung und die ihr angeschlossenen Institutionen in Öffentlichkeitsarbeit investieren.

Vielleicht darf ich Ihnen vor Augen führen, dass die Aufgaben des Landespresseamtes des Ministerpräsidenten in Nordrhein-Westfalen einen Etatumfang von 1.999.400 Euro haben. Das ist das, worüber wir in Wahrheit reden. Da machen Sie hier eine Veranstaltung, über die man wirklich nur müde lachen kann. Herr Kollege Jostmeier, da brauchen Sie nicht Bayern heranzuziehen. Sie können nach Lütgendortmund fahren: Da werden Sie erfahren, dass man für Öffentlichkeitsarbeit normalerweise sehr viel mehr Geld ausgibt als ich. Ich brauche es nicht. Mein Ansehen reicht, Herr Kollege; damit Sie das einmal klar wissen.

(Beifall bei der SPD)

Frau Thomann-Stahl - Sie nehme ich da ernst -, ich würde Ihnen gerne einmal eine Übersicht über

(Ministerpräsident Wolfgang Clement)

- (A) das geben lassen, was das Landespresseamt, das meine Öffentlichkeitsarbeit macht, tut. Da sind 1,1 Millionen Euro fest für ganz konkrete Maßnahmen vorgesehen: Verwertungsgesellschaft Wort, Papierkosten, Zeitungs- und Magazinabonnements, Pressedienste und all das, was man gelegentlich daraufhin überprüfen könnte, ob es noch sinnvoll ist. Ich habe nichts dagegen. Ich brauche es nicht - um Ihnen das sehr deutlich zu sagen.

Entschuldigen Sie bitte: Eine kleinkariertere Diskussion können Sie an dem Ansatz kaum noch führen. Ich empfehle Ihnen, einmal mit denjenigen Pressleuten darüber zu reden, die dafür zuständig sind.

(Beifall bei der SPD)

Dann haben Sie die Netzwerke angesprochen. Es tut mir Leid: Sie beschränken sich nicht auf uns, sondern führen Gespräche in vielen Netzwerken und runden Tischen. Ich vermute, zumindest Ihre Kolleginnen und Kollegen, die in der Regierung waren, haben es nicht anders gemacht. Sie machen es in Ihrer politischen Arbeit übrigens auch nicht anders.

- (B) Jeder, der glaubt, dass er in der heutigen Gesellschaft mitgestalten kann und sollte, wird dies tun. Davon werden Sie uns auch nicht abhalten. Dass es schwierig ist, runde Tische und alles andere unter Ihrer Fragestellung zu subsumieren, ist klar. Sie fordern von uns den Abbau von Bürokratie. Aber das, was Sie mit Ihrer Frage beanspruchen, geht wirklich nicht bürokratischer und bedeutet den Aufbau von Bürokratie.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Sie haben gefordert, wir sollten Überprüfungen anstellen, beispielsweise beim Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen. Damit haben Sie offensichtlich Recht; denn diese Prüfung läuft zurzeit. Der Wissenschaftsrat überprüft beispielsweise das Kulturwissenschaftliche Institut, das Institut für Arbeit und Technik in Gelsenkirchen, das Wuppertaler Institut sowie das Wissenschaftszentrum insgesamt. Die Prüfung findet statt. Sie haben dort, denke ich, also kein Problem.

Sie haben den Bau der Landesvertretung in Berlin angesprochen und gesagt, da würde irgendetwas unter der Hand geschehen. Da geschieht unter der Hand überhaupt nichts. Herr Kollege Vesper

- (C) hat Ihnen im Ausschuss klargelegt, worum es geht. Dieser Bau wird im nächsten Jahr endlich seiner Bestimmung übergeben. Er wird sehr modern sein, wie Sie wissen. Das Thema "Staatskanzlei im Stadttor" haben Sie ja so ähnlich diskutiert wie jetzt dieses Thema. Bis vor wenigen Monaten haben wir geglaubt, dass die Baukosten mit einer Obergrenze von 49,5 Millionen DM einzuhalten wären. Alle Beteiligten haben das geglaubt, der Finanzminister ebenso wie ich. Keiner akzeptiert voller Vergnügen höhere Kosten. Wir sind von einer Entwicklung des Baumarktes überrascht worden, die von den Fachleuten als unvorhersehbar geschildert wird und die sich mit ihren erheblichen Auswirkungen erst im Frühjahr dieses Jahres abgezeichnet hatte. Wir mussten trotz der dreimaligen Aufhebung der Ausschreibung der Fassadengewerke feststellen, dass hier marktwirtschaftlicher Wettbewerb im eigentlichen Sinne nicht stattgefunden hat. Deshalb haben wir dort mit beträchtlichen Steigerungen zu tun, die sich tatsächlich um rund 20 % bewegen.

- Herr Kollege Jostmeier, das hat allerdings nichts mit dem Etat von Frau Kollegin Kraft zu tun. Der Etat, den Sie dort angesprochen haben, bezieht sich auf die Einrichtung des Gebäudes. Sie ist von Anfang an außerhalb des Gebäudes geführt worden. Auch da ist nichts unter der Hand oder neben der Hand geschehen. Sie haben gefragt, woher dieser Posten kommt, Sie haben es kritisch angesprochen. Deshalb erlauben Sie mir, dass ich erläuternd darauf hinweise: Dieses Geld ist für die Einrichtung der Landesvertretung vorgesehen.
- (D)

Das ist, glaube ich, das Wichtigste, was Sie angesprochen haben. Ich fand es sehr beeindruckend. - Schönen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Edith Müller:** Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. - Als Nächster spricht Herr Hegemann für die Fraktion der CDU. Bitte schön.

**Lothar Hegemann (CDU):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es geht hier ein bisschen holperig durcheinander. Frau Löhrmann hat das schon begründet. Sie hat zur Medienpolitik gesprochen und ganzheitliche Ansätze bei den Vordnern vermisst. Ich bin kein Pädagoge wie Sie, Frau Löhrmann, aber ganzheitlich war das natür-

(Lothar Hegemann [CDU])

- (A) lich auch nicht, was Sie hier vorgetragen haben. Sie sollten sich die Rede vorher wenigstens einmal durchlesen. Dann klingt sie vielleicht ganzheitlich. Aber so toll war das natürlich auch nicht.

(Zurufe von den GRÜNEN)

- Wenn man Kritik austeilt, sollte man selbst kein Glaskinn haben, Herr Rimmel.

(Johannes Rimmel [GRÜNE]: Was wollen Sie damit sagen?)

- Ich bezweifle, dass ich Ihnen überhaupt etwas sagen kann. Das habe ich längst aufgegeben.

Ich möchte einige Anmerkungen zur Medienpolitik machen. Wir haben in der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten - ich glaube, sie war im Juli 2000 - einen kurzen, knackigen Teil zur Medienpolitik gehört, der in zwei Spitzen gipfelte. Erstens. Es wird in Nordrhein-Westfalen ein neues Landesrundfunkgesetz geben. Zweitens. Es wird eine Medien GmbH geben. In dieser Einrichtung werden alle Medienaktivitäten in Nordrhein-Westfalen gebündelt. Nicht mehr und nicht weniger ist gesagt worden. Da fragt man sich als Oppositionspolitiker: Was bedeutet das? Werden Medien nicht mehr von der Landesregierung begleitet und gefördert, sondern in einer GmbH behandelt? Da wird man zunächst einmal kritisch. Aber wir haben diesen Weg kritisch-wohlwollend begleitet.

(B)

(Marc Jan Eumann [SPD]: Eine gute Einrichtung mit einer guten Geschäftsführung!)

- Wir haben einen guten Geschäftsführer. Herr Eumann, ich bin dankbar für den Hinweis. Ich hoffe, dass Sie ihn gleich noch aufrechterhalten.

Die Ministerien wollten aber nicht so recht mitmachen. Ich glaube, bis auf zwei - Staatskanzlei und Wirtschaftsministerium - haben alle erklärt: Eine Medien GmbH mag ja gut und schön sein, aber wir machen keine Bündelung. - Schartau, Vesper und andere erklären: Da machen wir nicht mit. - Das ist im Grunde genommen schade. Dann kommt diese Medien GmbH. Es wird orakelt, wer Geschäftsführer dieser GmbH wird. Sie haben wirklich einen guten Mann gefunden, Herr Clement. Ich sage das ohne irgendeine Häme.

Sie haben viele Verdienste in der Medienpolitik. Das ist zwar kein Ersatz für viele Tausende Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen, aber immerhin.

- (C) Sie haben dann einen guten Mann gefunden. Der erklärt im Ausschuss auch seine Visionen und sagt: Ich bin allerdings auch frei, wenn das nicht so klappt oder wenn man mich nicht so lässt; ich muss dies nicht machen; ich kann auch etwas anderes machen. - Er ist ein angesehener Mann in der Branche. Dem geben Sie, die SPD, als Einziges mit auf den Weg, dass Sie den Haushaltsansatz kürzen. Bei aller Liebe! Natürlich schaut eine Opposition, wo man Mittel kürzen kann. Aber einem Bereich, der noch nicht angefangen hat zu arbeiten, der sehr gute Ansätze zeigt und hoch motivierte, hoch qualifizierte Mitarbeiter hat, geben Sie mit auf den Weg: Die lächerlichen 9 Millionen Euro, die wir für euch vorgesehen hatten, sind noch viel zu viel. Einen Bereich, den ihr sinnvollerweise in eurer Regie machen könntet, bekommt ihr natürlich nicht; der bleibt in der Staatskanzlei.

Gegenüber dem Regierungsentwurf senken die Koalitionsparteien den Ansatz um 1 Million Euro. Das ist das Signal, das an die Medienschaffenden in Nordrhein-Westfalen geht, das nicht nur an diese GmbH geht - die Worte des Ministerpräsidenten und die Taten der Koalition. Die Einrichtung hat noch gar nicht angefangen zu arbeiten, da kürzen Sie schon in diesem Bereich. Das kann man nach einem Jahr, nach zwei Jahren beurteilen, wenn man sieht, wie diese Truppe arbeitet. Nur deshalb habe ich mich hier zu Wort gemeldet. Die hohen, hehren Ziele im Bereich der Medienpolitik sind die eine Sache. Die Realitäten, wie man Leute ausstattet, sind die andere Sache. Da sollten Sie wirklich noch einmal in ein Kämmerlein gehen und überlegen, ob man nicht doch noch ein Signal in Richtung Bauer und in Richtung Medien und Medienschaffende in diesem Lande aussenden kann.

(D)

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Edith Müller:** Vielen Dank, Herr Hegemann. - Für die Fraktion der SPD hat Herr Eumann das Wort. Bitte schön.

**Marc Jan Eumann (SPD):** Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eine Bemerkung vorweg: Ich glaube, es macht Sinn, dass wir uns für die Beratungen des nächsten Haushalts die Medienpolitik als eigenständigen Beratungspunkt im Einzelplan 02 vornehmen.

(Marc Jan Eumann [SPD])

(A) Ich will nur eine ganz kurze Bemerkung machen, Herr Hegemann. Sie wollen die NRW Medien GmbH natürlich auch weiterhin schlecht reden. Wir haben doch erklärt: Die Mittel, die jetzt im Haushalt veranschlagt sind, reichen für den Betrieb. Es ist die Aufgabe und das Ziel von Herrn Bauer, das Ziel dieser GmbH, wie andere Akteure auch Projektmittel am Markt einzuwerben. Ich bin sicher, Herr Bauer wird ausreichend Projektmittel für die NRW Medien GmbH einwerben, damit diese GmbH zu einem erfolgreichen Instrument für eine moderne Medienpolitik wird, das Serviceleistungen in Nordrhein-Westfalen bündelt und anbietet. Das wird geleistet. Das gewährleistet auch dieser Haushalt. Mehr ist dazu nicht zu sagen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsidentin Edith Müller:** Vielen Dank, Herr Eumann. - Für die Landesregierung hat noch einmal Herr Ministerpräsident Clement das Wort. Bitte schön.

(B) **Wolfgang Clement, Ministerpräsident:** Herr Kollege Hegemann, ich möchte mich für Ihren Beitrag bedanken. Es ist richtig, dass wir der Medienpolitik und der Medienwirtschaft in Nordrhein-Westfalen einen außerordentlichen Rang geben. Das ist allerdings - anders als Sie angedeutet haben - ein Bereich mit Tausenden von Arbeitsplätzen. Wir reden da über 275.000 Arbeitsplätze, die nicht von uns, sondern von Unternehmen in der gesamten Kommunikationsbranche geschaffen worden sind.

Wir haben diese Medien GmbH gegründet, weil wir in der Lage sein müssen, flexibler zu arbeiten, was mit den Instrumenten, die die Dienstordnungen zur Verfügung stellen, nicht möglich ist, jedenfalls nicht mit dem Personal, das man dazu braucht.

Sie haben Recht: Herr Bauer ist dafür ein hervorragend geeigneter Mann. Selbstverständlich würde Herr Bauer jederzeit auch woanders eine Funktion in der Medienbranche finden. Deshalb lege ich großen Wert darauf, dass er diese Arbeit unbegrenzt, unbeschränkt - nicht finanziell; das geht ja leider nicht - tun kann. Ich bin überzeugt, dass diese Medien GmbH mit ihm an der Spitze eine weitere Ausstrahlung erreichen wird und dass

jedes Ressort der Landesregierung überzeugt wird, dass diese Arbeit außerordentlich vernünftig ist und auf diese Weise die Arbeit erfolgreicher getan werden kann, als dies im administrativen Bereich ansonsten möglich ist. (C)

Deshalb bin ich mehr denn je von dem überzeugt, was hier angelegt ist. Sie können sich darauf verlassen, dass ich darauf sehr sorgfältig achten werde. Weil ich sehe und höre, dass auch Sie das tun, freue ich mich auf unsere gemeinsame Aufmerksamkeit für diesen Sektor. Er bleibt für uns einer der wichtigsten.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsidentin Edith Müller:** Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. - Für die Fraktion der FDP hat Herr Dr. Grüll das Wort. Bitte schön.

**Dr. Stefan Grüll (FDP):** Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, ich habe mich noch einmal zu Wort gemeldet, weil ich es schon bedenklich finde, dass die Landesregierung bei der Umsetzung dessen, was angedacht war, unter dem Stichwort der Medien GmbH hinter eigenen Zielen zurückbleibt. Das ist bedenklich. (D)

Enttäuschend ist, Herr Ministerpräsident, dass Sie dies auch noch rechtfertigen. Ich möchte daran festhalten, Sie ermutigen und ermuntern, weiter dafür zu werben, dass die Ministerien das, was Sie an Mitteln im Medienbereich haben, in die GmbH überführen. Für eine reine Koordinationsfunktion brauchen wir die GmbH nicht. Hier müssen die Mittel gebündelt werden, damit sie adressatengerecht, zielgenauer, effizienter eingesetzt werden. Das muss das Ziel der GmbH sein.

(Beifall bei der FDP)

Dieses Ziel zu erreichen, dazu wurde die Medien GmbH ins Leben gerufen. Das war unser Verständnis. So wurde es uns auch im Ausschuss erläutert. Ich glaube übrigens, dass das auch die Erwartungshaltung von Herrn Bauer selbst ist, dem wir für die Qualität seiner Arbeit genau dasselbe Testat ausstellen wie Sie. Aber dazu passt dann eben nicht - wie in der letzten Ausschusssitzung geschehen -, dass der Ansatz "Medienkompetenz" zurücktransferiert wird, der GmbH weggenommen und in die Staatskanzlei umgeschich-

(Dr. Stefan Grüll [FDP])

- (A) tet wird, und gleichzeitig derjenige, der in der Staatskanzlei in Person für Medienkompetenz steht, der die Fachkenntnis hat, aus der Staatskanzlei in die Medien GmbH wechselt.

In Klammern sei gesagt: Dass uns die zuständige Staatssekretärin einen Tag, bevor der Vertrag wirksam wird, im Ausschuss auch noch erzählt, derjenige, von dem wir hier sprächen, ginge erst am 1. Januar dahin, ist ein etwas fragwürdiger Umgang mit dem Parlament. Das ist das, was zu denken gibt - ganz abgesehen davon, dass bis heute noch kein Vorschlag auf dem Tisch liegt, wie die parlamentarische Kontrolle der Medien GmbH organisiert werden soll. Es ist noch keine Vorstellung auf dem Tisch, aber schon wird darüber spekuliert, welche Gesellschafter man als Nächstes aufnehmen will.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Das nützt doch alles nichts!)

- Doch, Herr Eumann, Sie selber haben das für die SPD-Fraktion im Ausschuss gesagt. Wir wollen jedoch unsere Hausaufgaben jetzt machen. Wir wollen, dass jetzt geklärt wird, wie das Parlament die Kontrolle organisiert, bevor neue Gesellschafter aufgenommen werden. Es gibt keinen Einwand dagegen, dass neue Gesellschafter aufgenommen werden, aber die Fragen müssen vorher geklärt werden. Das ist unser Selbstverständnis von der Rolle des Parlamentes bei der Kontrolle des Umgangs mit öffentlichen Mitteln.

- (B) Wir möchten Sie ermuntern, die notwendigen Angaben dazu zu machen, übrigens auch den lange angekündigten Gesetzentwurf für ein Landesmediengesetz, für die Novellierung des Landesrundfunkgesetzes vorzulegen.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Freuen Sie sich! Das wird ein gutes Gesetz!)

Das endlich zu tun, dazu möchten wir Sie ermuntern, damit wir endlich eine Beratungsgrundlage haben und wissen, was die Landesregierung will. Was die FDP-Fraktion will, das haben wir vorgelegt. So weit sind wir in manchen Punkten gar nicht auseinander. Nur zu wissen, wie weit wir in anderen Fragestellungen auseinander sind, dazu brauchen wir Ihren Gesetzentwurf. Wann kommt er? Vielleicht noch in diesem Jahr, vielleicht Anfang nächsten Jahres? Wissen Sie es schon? Dann lassen Sie uns daran teilhaben und legen Sie ihn möglichst bald vor.

(C) Dann beantworten Sie auch die offenen Fragen zur Zukunft der Medien GmbH. Überwinden Sie die Eitelkeiten Ihrer Ressortminister. Werden sie die Mittel abgeben? Wird es gebündelt werden? Bitte beantworten Sie auch die Frage, wie die parlamentarische Kontrolle dieser Mittel sichergestellt werden soll. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Vizepräsidentin Edith Müller:** Danke schön, Herr Dr. Grüll. - Für die Landesregierung noch einmal Herr Ministerpräsident Clement. Bitte schön.

**Wolfgang Clement, Ministerpräsident:** Frau Präsidentin, erstens wollte ich nur darauf hinweisen, dass vermutlich - wenn ich richtig orientiert bin - Frau Staatssekretärin Meckel nicht gewusst hat, dass Herr Lossau schon in die Medien GmbH gewechselt hatte. Das hat sie in dem Moment nicht gewusst, was sicherlich mal passieren kann.

Zweitens freue ich mich, dass ich eine so breite Unterstützung für Herrn Bauer und die Medien GmbH habe.

(Dr. Stefan Grüll [FDP]: Das wird nicht das Problem sein!)

Wenn ich bedenke, welche Diskussionen es ausgelöst hatte, finde ich es wunderbar, dass Sie so sehr hinter dem stehen, was dort angelegt worden ist. Es ist ungewöhnlich, dass wir eine solch intensive Unterstützung haben.

Wenn Sie das jetzt auf die anderen Wissenschafts-, Forschungs- und Entwicklungsbereiche übertragen, die wir initiiert haben, bin ich voll auf zufrieden. Ich frage mich gelegentlich, warum Sie so viel Kritik an der Wirtschafts- und Entwicklungspolitik in Nordrhein-Westfalen üben. Dies ist eines der Felder, auf dem Nordrhein-Westfalen eine absolut führende Stellung in Deutschland hat. Das müssen Sie in Kontrast zu den Bildern setzen, die Sie ansonsten heute von dem Land Nordrhein-Westfalen entworfen haben. Dann zeigt sich die Abwegigkeit mancher Debatten, die wir hier führen.

Ich freue mich über die Unterstützung, die es gibt. Sie, Herr Kollege Grüll, unterschätzen sicherlich nicht meine Zähigkeit und meine Ausdauer.

(D)

(Ministerpräsident Wolfgang Clement)

(A) Die bezieht sich auch darauf, dass wir die Ressorts von dem neuen Instrument überzeugen.

Die parlamentarische Kontrolle ist gesichert. Sie können uns jederzeit von A bis Z zu dem, was Sie wissen wollen, abfragen. Wir werden dazu Rede und Antwort stehen.

Das Mediengesetz des Landes ist im Entwurf fertig und wird dem Landtag in aller Kürze zugehen. Sie können Ihre Meinungen und Ihre Ideen daran messen, wie alle anderen auch. Es gibt keinen Grund, sich zu echauffieren, sondern die Medienpolitik geht ihren Kurs weiter.

**Vizepräsidentin Edith Müller:** Herr Ministerpräsident, lassen Sie eine Zwischenfrage von Dr. Grüll zu?

**Wolfgang Clement, Ministerpräsident:** Ja, gerne.

**Vizepräsidentin Edith Müller:** Herr Dr. Grüll, bitte schön.

(B)

**Dr. Stefan Grüll (FDP):** Herr Ministerpräsident, darf ich Sie bitten, zur Kenntnis zu nehmen, dass ich die Äußerung von Frau Staatssekretärin Mekkel weder kritisiert noch über sie spekuliert habe. Das möchte ich der guten Ordnung halber klarstellen. Ich habe nur die Tatsache erwähnt.

**Wolfgang Clement, Ministerpräsident:** Okay, ich wollte nur darstellen, wie es mir vermittelt worden ist, damit kein Missverständnis besteht. Wir haben nichts zu verheimlichen. Gerade in der Kommunikationsbranche wäre das ja auch komisch. Wir stellen alles dar und Sie können es überprüfen. Wir sind an einer sehr konstruktiven Zusammenarbeit im Wettbewerb miteinander um die beste Medienpolitik interessiert. Das ist gut so. Wenn wir überzeugt sind, dass dies ein wichtiges Feld ist, auf dem wir in Nordrhein-Westfalen nicht schlecht positioniert sind, dann ist es eine gute Voraussetzung für eine vernünftige politische Diskussion. - Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsidentin Edith Müller:** Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. - Weitere Wortmeldungen zum Teilbereich a) - Ministerpräsident und Staatskanzlei - liegen mir nicht vor.

Die Fraktionen sind übereingekommen, zum Teil

**b) Landesplanung**

keine Debatte zu führen.

Wir kommen deshalb sofort zum Teilbereich

**c) Europaangelegenheiten**

Als erster Redner hat Herr Jostmeier das Wort. Bitte schön.

**Werner Jostmeier (CDU):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich will nur kurz nachtragen, was ich vorhin schon beim Haushalt der Staatskanzlei berichten wollte. Wir haben in diesem Teilbereich vorgeschlagen, dass bei den konkreten Projekten im Ausland die von der Koalition vorgeschlagene Kürzung um über 1 Million DM um 50 % zurückgenommen wird, und zwar aus folgendem Grunde: Wir haben erlebt, dass bei konkreten Projekten, die das Land Nordrhein-Westfalen fördert, z. B. in den baltischen Staaten, in Polen, Ungarn, Rumänien usw., Jahr für Jahr in diesem Bereich gekürzt wird, und in diesem Jahr besonders stark, nämlich von vorher 1,9 Millionen DM um mehr als 1 Million DM. Was bleibt, sind knapp 900.000 DM. Damit kann man nicht mehr in der Weise fördern, wie in der Vergangenheit sehr hilfreich - wie wir meinen - gefördert worden ist.

Meine Damen und Herren, es geht z. B. um kleinere Schulen, um kleine Krankenhäuser, um kleinere Betriebe, Versuchsgüter usw. Ich kann mich entsinnen, dass vor zwei oder drei Jahren Herr Weiß in Ihrem Hause sehr segens- und hilfreich diese Tätigkeit gemacht hat. Wir möchten, dass dieser Betrag wieder um 250.000 Euro erhöht wird, damit diese Tätigkeit sinnvoll und wirksam beibehalten werden kann. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Edith Müller:** Vielen Dank, Herr Jostmeier. - Für die Fraktion der SPD hat jetzt Frau Sikora das Wort. Bitte schön.

(C)

(D)

(A) **Gabriele Sikora (SPD):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Auch das Kapitel 02 030 - Europa und internationale Angelegenheiten - hat eine Kürzung erfahren müssen. Der Ansatz von 2001 in Höhe von 5,57 Millionen Euro ist um 1,27 Millionen Euro reduziert worden. Das ist zwar bedauerlich, aber in Anbetracht der Haushaltslage ein notwendiger Konsolidierungsbeitrag.

Da dem Europaausschuss aus keiner der vier Fraktionen ein Änderungsantrag vorgelegt wurde, besteht offensichtlich eine fraktionsübergreifende Einsicht zur Einsparung. Eigentlich könnte ich jetzt meine Haushaltsrede beenden, was ich natürlich nicht tun werde, aber ich will mich gleichzeitig kurz fassen.

Die europapolitischen Ansätze sind im Wesentlichen verstetigt worden. Neu hinzugekommen ist der Ansatz für die Durchführung der Europaministerkonferenz. Ab Juni 2002 bis Juni 2003 hat Nordrhein-Westfalen turnusgemäß den Vorsitz in der Europaministerkonferenz. In diesem Zeitraum stehen spannende Fragen auf der europäischen Agenda. Erinnerung sei nur an den Post-Nizza-Prozess, für den jetzt auf dem EU-Gipfel in Laeken der Arbeitsauftrag zu verabreden ist. Zu dem Zweck soll bekanntlich ein Konvent einberufen werden, der u. a. Vorschläge für die Abgrenzung der Zuständigkeiten zwischen der europäischen und der nationalstaatlichen Ebene unterbreitet. Für uns als konstitutionelle europäische Region stellt sich die Frage nach der Gewährleistung von Subsidiarität und föderalen Strukturen zwischen den einzelnen Ebenen.

Sehr geehrte Damen und Herren, die Mittelverstetigung und die Erhöhungen im europapolitischen Teil des Kapitels 02 030 gehen in der Tat zulasten der Ausgaben für die internationalen Angelegenheiten. Herr Jostmeier hat gerade den Antrag erwähnt, den die CDU-Fraktion im Hauptausschuss eingebracht hat. Die Ausgaben für die Pflege der Auslandsbeziehungen und Zuschüsse für Projekte im Ausland sind gekürzt worden. Gleichzeitig ist eine neue Position veranschlagt worden, und zwar mit Mitteln in Höhe von 255.700 Euro als Beitrag des Landes zum Zentrum für Internationale Zusammenarbeit, ICC, in Bonn.

Herr Jostmeier, für die Zusammenarbeit mit den EU-Beitrittskandidaten gibt es besondere EU-Programme, die das Land auch nutzt. Das gilt gerade für die unlängst vereinbarte trilaterale Zusammen-

arbeit zwischen Schlesien und Nord Pas de Calais und Nordrhein-Westfalen. Im Übrigen ist das Europaministerium nicht das einzige Ministerium, das die Zusammenarbeit mit den EU-Beitrittskandidaten pflegt. (C)

Darüber hinaus übernimmt das Wirtschaftsministerium eine besondere Funktion, und auch die anderen Ministerien pflegen die Zusammenarbeit mit den Beitrittskandidaten. Unter dem Strich kommen wir ohne die direkten Zuwendungen in Höhe von 431,5 Millionen Euro, die über die Landwirtschaftskammern an die landwirtschaftlichen Betriebe gehen, auf eine im Haushaltsentwurf 2002 veranschlagte Summe von EU-Mitteln und Komplementärmitteln des Landes in Höhe von rund 642,4 Millionen Euro. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsidentin Edith Müller:** Vielen Dank, Frau Sikora. - Für die Fraktion der FDP hat jetzt Herr Brockes das Wort. Bitte schön.

(B)

**Dietmar Brockes (FDP):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! In zwei Tagen steht der Europäische Rat in Laeken an. Wie bereits Anfang dieses Jahres vor der Humboldt-Universität in Berlin wird sich am Freitag unser Ministerpräsident Clement dann vermutlich wieder in die europäische Diskussion einmischen. (D)

Meine Damen und Herren, Herr Ministerpräsident, wir als FDP begrüßen das. Wir begrüßen es, dass Sie sich in die Strukturdiskussion einmischen, weil sie ein wichtiges Zukunftsthema darstellt und wir nicht wollen, dass wir als Land Nordrhein-Westfalen, wie das in der Vergangenheit der Fall gewesen ist, den Themen hinterherlaufen.

Herr Clement, ich frage Sie: Wann behandeln wir dieses Thema endlich einmal hier im Landtag? Wann dürfen wir zu diesem Thema Ihre Regierungserklärung erwarten?

In der Öffentlichkeit propagiert Ministerpräsident Clement ein starkes Nordrhein-Westfalen in Europa.

(Beifall von Dr. Bernhard Kasperek [SPD])

- Klatschen Sie nicht zu früh! - Leider spricht der Haushalt eine ganz andere Sprache: Die Ausga-

(Dietmar Brockes [FDP])

(A) ben - das wurde gerade schon erwähnt - für Europa und internationale Angelegenheiten wurden um 23 % gesenkt.

Ich will ein Beispiel nennen, wie die reale Europapolitik aussieht: Herr Ministerpräsident, bereits in Ihrer Regierungserklärung am 30. August 2000 sprachen Sie davon, dass eine NRW-Standortagentur in Brüssel kommen werde. Auch im Koalitionsvertrag war von dieser Agentur die Rede.

Es kam ein Europaminister, der mittlerweile gegangen ist, der auch von dieser Agentur sprach. Mittlerweile gibt es eine neue Ministerin, aber passiert ist leider noch nichts. Schon bei den letzten Haushaltsberatungen musste ich deshalb bemängeln, dass wir anlässlich unseres Besuches in Brüssel von einer Standortagentur noch gar nichts sehen konnten. Man gewinnt den Eindruck, dass sich an der Stelle gar nichts tut.

Bis vor vier Tagen! Der Zeitung konnten wir dann entnehmen, dass Frau Ministerin Kraft ein entsprechendes NRW-Haus plane. Meine Damen und Herren, wie lange müssen wir mit solchen Versprechungen weiterleben? Wie oft wird das Thema noch aufgeschoben? Herr Ministerpräsident, ich erwarte, dass Sie endlich zu Potte kommen bzw. dass Sie deutlich machen, falls das nicht so zu realisieren ist, wie Sie es anfangs ins Auge gefasst haben.

(B)

Ein weiteres Beispiel ist leider die Internet-Präsentation. Dort wird auch die Europapolitik dargestellt. Es gibt eine Rubrik "Aktuelles". Doch das Aktuellste, was man dort findet, ist vom 19. April dieses Jahres, nämlich Ihre Rede von Nimwegen. Daran wird leider deutlich, dass die Europapolitik in Wirklichkeit nicht an vorderster Stelle steht.

Meine Damen und Herren, NRW liegt im Herzen Europas. Aber liegt Europa auch im Herzen Nordrhein-Westfalens und seiner Bürgerinnen und Bürger? Genau für dieses Ziel müssen wir uns vehement einsetzen. Der Landesregierung liegt Europa leider nur in ihren Sonntagsreden am Herzen. Der Haushaltsansatz für das Jahr 2002 verdeutlicht das eindrucksvoll. Wir Freien Demokraten lehnen diesen Ansatz deshalb ab. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Vizepräsidentin Edith Müller:** Vielen Dank, Herr Brockes. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt Frau Koczy das Wort. Bitte schön.

**Ute Koczy (GRÜNE):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Geehrte Damen und Herren! Ich halte es für nötig, vorab darauf hinzuweisen, dass der Haushaltsplan 2002 für Europa und internationale Angelegenheiten 4,3 Millionen Euro umfasst. Damit ist er gegenüber dem Vorjahr noch um 1,27 Millionen Euro gekürzt worden. 4,3 Millionen Euro sind wahrlich nicht die Welt, könnte man sagen.

Aber interessanterweise hat dieser Einzelplan neben dem des Eine-Welt-Ministeriums sehr viel mit anderen Ländern und unseren Beziehungen im europäischen und internationalen Raum darüber hinaus zu tun, mehr als das die Summe für sich gesehen aussagt.

Während wir im letzten Jahr noch zahlreiche Anträge zum Haushalt eingebracht haben, sind diesmal von den Koalitionsfraktionen mit Blick auf die dramatisch schlechte Haushaltssituation keine Anträge auf Veränderung gestellt worden. Das Besondere an diesem Haushaltsplan ist dennoch, dass sich die Bedeutung insbesondere der europäischen Themen nicht an der Höhe des Einzelplans ablesen lässt; das möchte ich hier ausdrücklich festhalten.

Etwas anders stellt sich jedoch die Sachlage im Falle der so genannten internationalen Beziehungen dar. Man kommt nicht umhin festzustellen, dass die Minderausgabe, die sich in diesem Bereich in einer Höhe von 1,6 Millionen Euro bewegt, tatsächlich zulasten der humanitären Hilfe, der Pflege der Auslandsbeziehungen und der Auslandsprojekte geht.

Obwohl ich zu denjenigen gehöre, die einen mehr auf NRW gerichteten Ansatz der internationalen Eine-Welt-Politik unterstützen, bin ich dennoch der Auffassung, dass wir in NRW gut daran täten, die so genannten internationalen Aktivitäten in der Staatskanzlei nicht zu sehr zu vernachlässigen. Wir werden intensiv darüber nachdenken müssen, ob globale Minderausgaben, die diesen Teil jedes Jahr deutlich reduzieren, weiterhin so zu verkraften sind und ob uns das Politikfeld Internationales nicht wichtiger sein müsste.

Dass dieses Haushaltsjahr nicht dazu angetan war, hier nach vorne zu preschen, akzeptiere ich. Das kann ich auch nach außen vertreten. Ich kann aber in einer Haushaltsrede nicht schweigend darüber hinweggehen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

(C)

(D)

- (A) **Vizepräsidentin Edith Müller:** Meine Damen und Herren, würden Sie bitte den Geräuschpegel etwas reduzieren! - Vielen Dank.

**Ute Koczy (GRÜNE):** Ich bin sehr froh, dass der Ministerpräsident die noch vor einem Jahr verfolgte Strategie der Europaschelte zugunsten von konstruktiven Forderungen zur Verbesserung der europäischen Zusammenarbeit - verständlicherweise aus Sicht der regionalen Dimension Nordrhein-Westfalens - etwas zurückgefahren hat. NRW-Politik hat sehr viele Facetten, die nicht immer unbedingt haushaltsrelevant sind und dennoch enormen Einfluss haben. Ich verweise auf die Diskussion der Daseinsvorsorge und der damit verknüpften künftigen Ausgestaltung der kommunalen Energie-, Wasser- und Verkehrspolitik sowie der sozialen Dienste und nicht zuletzt auf den harten Streit zur Umgestaltung der Westdeutschen Landesbank.

Zur Daseinsvorsorge hatten die Koalitionsfraktionen einen Antrag vorgelegt, der nach langer Beratung endlich verabschiedet worden ist. Damit hatten wir uns in NRW ziemlich gut auf die Diskussion in Brüssel und Straßburg vorbereitet und konnten einige Akzente setzen. So haben wir uns für die Wahrung des Subsidiaritätsprinzips, also die Wahrung der Gestaltungsfreiheit der Kommunen bei der Daseinsvorsorge ausgesprochen.

(B)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein anderes wichtiges Thema ist die Chemikalienpolitik der Europäischen Union. Wir Grünen haben im März dieses Jahres im Ausschuss einen Bericht der Landesregierung zum Weißbuch der EU-Kommission zur Chemikalienpolitik gefordert. Ich finde es wichtig, darauf hinzuweisen, dass es hier um die Bewertung von rund 30.000 Chemikalien geht, die bereits seit 20 Jahren auf dem Markt sind, ohne dass sie bisher mit Blick auf Umwelt- und Verbraucherschutz umfassend bewertet worden sind.

Aus Sicht der Verbraucherinnen und Verbraucher halte ich diesen Umstand für äußerst bedenklich und bin der Europäischen Kommission sehr dankbar, dass sie diesen Vorstoß gemacht hat. Ich denke, dass auch die Interessen der Bürgerinnen und Bürger in NRW vertreten werden, wenn es hier um entsprechende Rechtsvorschriften zum Schutz vor Gefahren geht. Verbraucherinnen- und

Verbraucherschutz halte ich nämlich für eine sehr wichtige Aufgabe der EU, die sich auch gegenüber den Interessen der Industrie behaupten muss. (C)

Ein weiteres für uns Grüne sehr wichtiges Thema ist die Vorbereitung der Integration osteuropäischer Staaten in die Europäische Union. Wir wissen z. B., dass in unserer Partnerregion Schlesien vor allem der Know-how-Transfer vorrangig ist. Hier will NRW auch weiterhin einen wichtigen Beitrag leisten. Das geschieht u. a. durch die engagierte Arbeit der deutsch-polnischen Parlamentariergruppe unter der Leitung von Vizepräsidentin Müller.

(Beifall bei den GRÜNEN und einzelnen Abgeordneten der CDU)

Morgen werden wir Besuch einer Gruppe aus Schlesien erhalten, was uns Gelegenheit gibt, die Kontakte zu intensivieren. Außerdem hat die grüne Landtagsfraktion in diesem Jahr die Gelegenheit zu einer Delegationsreise in unsere Partnerregion Schlesien genutzt, um sich persönlich ein Bild zu machen und genauer zu erfahren, wie man die Partnerbeziehung lebendig gestalten kann. Das werden wir auch weiterhin tun.

Der Ausschuss für Europa- und Eine-Welt-Politik unternahm auch eine Reise nach Ungarn und Rumänien. Wir haben uns über die dort stattfindenden Projekte informiert. Man kann davon ausgehen, dass diese Projekte weiter unterstützt werden; denn wir befanden sie für gut, effektiv und sehr effizient. (D)

**Vizepräsidentin Edith Müller:** Frau Koczy, die Redezeit ist zu Ende; bitte kommen Sie zum Schluss.

**Ute Koczy (GRÜNE):** Da ich auf den Punkt gekommen bin, danke ich für Ihre Aufmerksamkeit und freue mich auf die Beschlussfassung. - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Edith Müller:** Für die Landesregierung hat jetzt Ministerpräsident Clement das Wort. Bitte schön.

(A) **Wolfgang Clement**, Ministerpräsident: Ich bedanke mich herzlich für die Diskussion. Ich denke, wir sind uns alle über die Bedeutung des Themas Europa einig. Um es auf den Punkt zu bringen: Wir als Land sollten eine nicht zu geringe Rolle unter den deutschen Regionen Europas bei den Diskussionen über die künftigen Strukturen in Europa spielen.

Wir nehmen diese Funktion bei vielen Gelegenheiten sehr nachdrücklich wahr. Das, was wir dazu beizutragen haben, hat in Europa und in Deutschland auch die notwendige Aufmerksamkeit erzielt.

Herr Kollege Brockes, ich habe übrigens nichts gegen Ihren Vorschlag. Im Gegenteil: Ich werde erwägen, eine Regierungserklärung zu der Frage der Entwicklung des Föderalismus in Deutschland und in Europa abzugeben. Man wird nach der Konferenz von Laaken sehen, ob und zu welchem Zeitpunkt das Sinn macht.

Sicher ist, dass wir uns an dieser Diskussion maßgeblich beteiligen wollen. Wir beginnen jetzt faktisch erst mit dem Vorlauf des Verfassungskonvents, der auf die Regierungskonferenz im Jahr 2004 hinführen soll. Ich denke, alle Fraktionen des Landtages, des hohen Hauses, sind in der Bewertung der Bedeutung dieses Prozesses einig. Wir stehen natürlich für jedes Gespräch dazu zur Verfügung. Ich halte es durchaus für möglich, eine Regierungserklärung zu diesem Thema abzugeben, wenn die Zuspitzung einen bestimmten Grad erreicht hat.

(B)

Das Zweite: Sie haben nach der Standortagentur gefragt. Herr Kollege Samland hatte sie angekündigt. Frau Kollegin Kraft hat das aufgenommen. Es ist nicht ganz so leicht, wie es sich anhört. Wir folgen den Empfehlungen, Public-Private-Partnerships zu erproben. Das hinzubekommen, ist nicht ganz einfach.

Wir wollen uns in Zusammenarbeit mit privaten Unternehmen vor Ort eine Immobilie zulegen und diese Immobilie für drei Funktionen zur Verfügung stellen. Die erste Funktion ist die Funktion der Landesvertretung per se. Die zweite Funktion ist, dass diese Standortagentur für Unternehmen aus Nordrhein-Westfalen zur Verfügung steht. Die dritte Funktion ist ein Lehrbetrieb, eine Akademie für diejenigen, die sich auf Europa, die europäischen Themen und die europäischen Institutionen vorbereiten wollen.

Zurzeit wird dazu ein Fragenkatalog im Rahmen einer Machbarkeitsstudie erarbeitet, die im Frühjahr 2002 vorliegen soll. Wir werden dann unser Konzept vorlegen. Ziel ist es, im Jahre 2003 die Standortagentur zu realisieren. Ich sage das unter diesen Vorbehalten. Denn das kostet Geld. Zusätzliches öffentliches Geld dafür gibt es nicht. Die Umsetzung des Projektes kann deshalb nur in Zusammenarbeit mit Privaten erfolgen.

(C)

Sie haben auch den Internetauftritt der Landesregierung zu Europa kritisiert. Er wird im Augenblick überarbeitet. Im Januar können Sie die Neufassung über Ihren PC aufrufen.

Ich bin vom Kollegen Jostmeier nach der Kürzung der internationalen Mittel gefragt worden. Ich bedauere diese Kürzung für internationale Mittel grundsätzlich auch. Die Zeit ist, wie sie ist. Natürlich könnten wir sehr viel mehr Geld investieren. Allerdings bin ich skeptisch, bezogen auf einen Mitteleinsatz in Mittel- und Osteuropa. Da stimmt das, was Frau Kollegin Sikora gesagt hat. Dafür stehen ausreichend europäische Mittel zur Verfügung. Insoweit sind wir nicht mit Sondermitteln gefragt. Für andere Aufgaben im internationalen Sektor hätte ich gerne mehr Mittel. In besseren Zeiten wird sich da vielleicht auch wieder etwas ändern. Zur Stunde geht es nicht.

(D)

Frau Kollegin Koczy hat noch andere Fragen angesprochen, unter anderem die europäische Chemikalienpolitik. Wir sind sehr aufmerksam, mit Blick auf das Weißbuch zur Chemiepolitik. Unter zwei Gesichtspunkten, um es klar zu sagen, haben wir eine sensible Diskussion zu führen: Auf der einen Seite geht es, wie Sie zu Recht ausführen, um den Menschen- und Naturschutz, den wir in der Chemikalienpolitik gewährleisten müssen. Auf der anderen Seite geht es in dieser Zeit erst recht, aber auch immer um die Gewährleistung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen, die dabei nicht in Gefahr geraten darf. Wir haben dort wiederum einen der Balanceakte vorzunehmen, die wir schon auf anderen Feldern vorzunehmen haben. Das gilt auch hier.

Manches, was dazu, um es klar zu sagen, vom Europäischen Parlament an zusätzlichen Wünschen über das Weißbuch hinaus vorgetragen worden ist, reicht aus meiner Sicht sehr weit. Wir werden das sehr sorgfältig diskutieren. Wir tun das in voller Verantwortung für etwa 140.000 Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen in diesem Sektor.

(Ministerpräsident Wolfgang Clement)

- (A) Ich habe gerade das wichtigste Unternehmen dieses Landes in dieser Sparte besucht. Ich weiß um manche Probleme, die es da gibt. Wir werden das sehr sorgfältig und konstruktiv miteinander abwägen müssen.

Das sind die Fragen, die aufgeworfen worden sind. Ich bin sehr dankbar für das ausgesprochene Interesse an diesem Themenbereich. Ich teile dieses Interesse. Ich bin sehr interessiert an einer sehr offenen und konstruktiven Zusammenarbeit auf diesem Feld. Sie wird in der nächsten Zeit sehr viel konkreter werden, wenn es - das ist gewissermaßen die letzte Chance vor der Erweiterung - noch einmal darum geht, die Konturen Europas anders zu gestalten, als sie bisher gestaltet worden sind. Dann ist da nicht mehr meine grundsätzliche Kritik gefragt, Frau Kollegin Koczy, aber die sehr konstruktive und sehr konkrete werde ich äußern. - Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Edith Müller:** Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. - Wir sind am Ende der Beratung. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

- (B) Wir kommen zur **Abstimmung** zum **Einzelplan 02**, zunächst über die **Änderungsanträge** 59 bis 66 entsprechend der Übersicht. Ich rufe die Anträge einzeln auf.

Zunächst **Antrag** Nr. 59 der CDU-Fraktion **Drucksache 13/1947**, Stichwort "Kürzung der Mittel für Dienst-Kfz". Wer stimmt dem zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Das ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen von CDU und FDP **abgelehnt**.

Wir kommen zu **Antrag** Nr. 60 der CDU-Fraktion **Drucksache 13/1948**, Stichwort "Reduzierung der Kosten für Beratung". Wer stimmt dem Antrag zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Das ist erneut mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der beiden Oppositionsfraktionen **abgelehnt**.

Wir kommen zum **Antrag** Nr. 61 der CDU-Fraktion **Drucksache 13/1949**, Stichwort "Aufhebung der Rücklage für Projekt Ruhr GmbH". Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Das ist mit den Stimmen der Koalitions-

fraktionen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion bei Enthaltung der FDP-Fraktion **abgelehnt**. (C)

Zum **Antrag** Nr. 62 der CDU-Fraktion **Drucksache 13/1950**, Stichwort "Reduzierung des Zuschusses an die Projekt Ruhr GmbH"! Wer stimmt dem Antrag zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Das ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion bei Enthaltung der FDP-Fraktion **abgelehnt**.

**Antrag** Nr. 63 der CDU-Fraktion **Drucksache 13/1951**, Stichwort "Reduzierung der Mittel für die Sporthilfe"! Wer stimmt zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Das ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der beiden Oppositionsfraktionen **abgelehnt**.

Ich rufe **Antrag** Nr. 64 der CDU-Fraktion **Drucksache 13/1952**, Stichwort "Erhöhung der Mittel für Zuschüsse für Projekte im Ausland", auf. Wer stimmt zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Das ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion bei Enthaltung der FDP-Fraktion **abgelehnt**.

Zum **Antrag** Nr. 65 der CDU-Fraktion **Drucksache 13/1953**, "Reduzierung der Mittel für Aus- und Fortbildung im Medienbereich"! Wer stimmt zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Das ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der beiden Oppositionsfraktionen **abgelehnt**. (D)

Wir kommen zum **Antrag** Nr. 66 der CDU-Fraktion **Drucksache 13/1954**, Stichwort "Zuschüsse an die Filmstiftung NRW". Wer stimmt zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Das ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen sowie der FDP-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion **abgelehnt**.

Meine Damen und Herren, ich lasse jetzt über den Einzelplan 02 entsprechend der **Beschlussempfehlung Drucksache 13/1802** abstimmen. Wer stimmt der Beschlussempfehlung zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Das ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der beiden Oppositionsfraktionen so **angenommen**.

Ich bedanke mich auch hier für die disziplinierte Abstimmung.

Ich rufe **Nummer 5** auf: